

Leserbrief

Betr.: Migrationspolitik

Seit vielen Jahren beschäftige ich mich zusammen mit Freunden der IIN und der FDP im Kreis Calw mit dem Thema Migrationspolitik.

Schon 2016 haben wir einfache Regeln aufgestellt, die leider bis heute nicht einmal ansatzweise umgesetzt sind.

Im Gegenteil, statt klare Regeln aufstellen versucht die Politik Zuwanderer mit bürokratischen Hemmnissen abzuhalten, was oft dazu führt, dass die Falschen ins Land kommen, unser Sozialsystem ausnutzen und zum Teil auch kriminelle Machenschaften betreiben.

Um mich über die aktuelle Situation kundig zu machen, habe ich mit einer Migrantin das Landratsamt in Calw besucht.

Die Person lebt schon seit 2015 in Deutschland und hat seit 2016 einen unbefristeten Arbeitsvertrag, den sie immer wahrgenommen hat und bei ihrer Firma höchstes Ansehen genießt, wegen der guten Arbeit.

Trotzdem muss sie regelmäßig zum Landratsamt Calw gehen, um ihre Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis verlängert zu bekommen. Als Zuhörer habe ich an dem Gespräch teilgenommen, geführt von einer netten Dame des Landratsamts, die sich auch viel Mühe gegeben hat, alles zu erklären.

Für mich war das Ganze verwirrend und unverständlich und ich frage mich, wie soll eine Person mit Migrationshintergrund damit zurechtkommen.

Zu Beginn des Gesprächs wurde sie, wie jedes Mal, fotografisch untersucht und ihr außerdem Fingerabdrücke abgenommen.

Erschwerend kommt hinzu, dass die Person alle 2 Jahre ihren Pass auf dem Konsulat in Berlin verlängern muss und neben den Gebühren auch noch entsprechende Reisekosten anfallen.

Ich nehme an, dass die Migrantin mithilfe der Personalabteilung ihrer Firma zurechtkommt, was natürlich auch für die Firma bürokratischer Aufwand betreibt.

Viel Geld könnte der deutsche Staat sparen, wenn er Arbeitsmigration einfach regeln würde. Zusätzlich wäre es hilfreich für die Wirtschaft, die damit unbesetzte Arbeitsplätze besetzen könnte.

Migranten, die in Deutschland leben und einen Arbeitsvertrag haben, sollte ein Arbeitspass ausgestellt werden, mit dem er unbehelligt hier leben und arbeiten kann.

Der Arbeitspass sollte unbegrenzt ausgestellt werden, mit dem Hinweis, dass er sofort entzogen wird, wenn der Migrant staatliche Leistungen einfordert, sich kriminellen Clans anschließt, oder selber straffällig wird.

Der Entzug des Arbeitspasses würde auch das Rückführen in sein Heimatland veranlassen.

Karl Braun, Haiterbach